

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Amelschhain, Betscha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Kluga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

**Ercheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr**  
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2jährlich Mk. 9.—,**  
durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle öfterer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugs-  
nehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise: Die Spezialrate Korpusseite 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. An-  
wärtiger Teil Mk. 1.20. Anzeigenzeitung Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—.**  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,  
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. —  
Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

General: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 33

Freitag, den 18. März 1921

32. Jahrgang

### Obstbaumpflege.

Seht! Ist die Zeit, wo das Schneiden und Auslichten der Obst-  
bäume zu beenden ist. Soweit noch nicht geschehen, sind Neupflan-  
zungen vorzunehmen; desgleichen hat das Umpflücken der Obst-  
bäume, soweit noch nicht erfolgt, zu geschehen. Zur Schädlingsbe-  
kämpfung sind die Obstbäume von Flechten, Moosen, loser Rinde,  
Krautparasiten, Egelwurz zu reinigen, von Weibslaus befallene Zweig-  
stümpfen sind abzuschneiden. Desgleichen sind die vom Borsten- und  
Schildläufer befallenen Äste und Äste zu entfernen. (Kernschä-  
den von Spechten freigelegten und mit Stedonadelkopfgrohen Löchern  
versehenen Holz- und Astenteilen). Jeder auf diese Weise erzeugte  
Wahl ist sofort zu verbrennen.

Zur Vernichtung der vielen ohne weiteres nicht lösbaren  
Herden wie pflanzlichen Schädlings empfindet es sich, die Kernschä-  
den kurz vor Ausbruch der Knospen mit 10%igem wasserlöslichen  
Obstbaumkarbolineum zu spritzen (100 Ctr. Wasser, 10 Ctr. Obst-  
baumkarbolineum); die Steinobstbäume sind mit 5%iger Lösung  
(100 Ctr. Wasser, 5 Ctr. Obstbaumkarbolineum) zu behandeln.  
Stamm und Welle schält man vor Schädlings und Witterungssein-  
flüssen durch Alkoholverdunstung, der mit 15-20%iger Obstbaumkarbolineum-  
Lösung zubereitet ist. Im Boden befindliche Schädlings werden durch  
gute Bodenbearbeitung und entsprechende Düngung unterdrückt.

Schützt die Vögel und sorgt für Nistgelegenheit.  
Nächstes kann beim Bezirksobstgärtner der Amtshauptmann-  
schaft erfragt werden.

Grimma, 9. März 1921.

G. 426.

### Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

**Sonnabend, den 19. März d. J., nachmittags**  
1-4 Uhr werden im Grundstück Bahnhofstr. 18 Briefkast  
zum Preise von 17 Mk. je Zentner auf die grüne Haus-  
brandkohlenkarte abgegeben.

Naunhof, am 16. März 1921. Der Bürgermeister.

**Freitag, den 18. März 1921, vormittags 11 Uhr**  
sollen im Gasthaus „Stadt Leipzig“ in Naunhof  
1 Anzahl herrschaftl. Möbel und 2 Oelgemälde  
gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 15. März 1921. Q 786, 935, 1085/20.

### Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

### Lenins Geständnis.

Die Russen von einst — man braucht nur an Männer  
wie Tolstoi und Dostojewski zu erinnern — waren Fanatiker  
der Wahrheit, die ihnen auch um den Preis der  
Selbstvernichtung nicht zu teuer erkauft war. Die Rus-  
sen von heute sind Meister des Verbergens. Lenin und  
Trotski würden sich keinen Augenblick besinnen, selbst die  
Bläue des Himmels zu bestreiten, wenn sie davon für ihre  
Sache auch nur einen Sekundenvorteil erhoffen dürfen. Dar-  
mit haben sie erreicht, daß alle Welt den Nachrichten aus  
Ruhland ein kaum zu überwindendes Mißtrauen entgegen-  
bringt, daß man fast schon darauf verzichtet hat, die Wahr-  
heit über die Sowjetherrlichkeiten noch jemals kennen zu  
lernen. Die Räterepublik hat sich nach allen Seiten hin  
formlich mit Stachelndrähten umgeben, die gegen den Willen  
der Machthaber zu passieren nur in seltenen Ausnahmefäl-  
len gelingen will. Auch die geistige Abschließung von  
der Umwelt ist mit einem Raffinement ausgebaut und be-  
festigt, daß an Geschlossenheit, aber auch an Rücksichtslosig-  
keit seinesgleichen nicht hat in der Geschichte aller Völker.  
Hier wird in einer Weise gearbeitet, die vor der Erfindung  
des Bolschewismus kein Mensch in den Verhältnissen des  
20. Jahrhunderts für möglich gehalten hätte.

So ist es gekommen, daß die seit etwa vierzehn Tagen  
eintausenden Nachrichten über den Ausbruch einer Gegen-  
revolution, über neue Waffenaufstände, über fortbauernde  
Killerkämpfe zwischen Kronstadt und Petersburg mit  
allem Zubehör russischer Bürgerkriege nirgends rechnen  
sind. Man war schon zu oft durch Lügen-  
meldungen solcher Art, an denen manchmal fremdlandische  
Spekulant ungleich näher interessiert waren als russische,  
getäuscht worden, war auch gegen Blutvergießen in Rus-  
land seit dem Siege des Bolschewistenterrors schon zu sehr  
abgestumpft worden, um von neuen Putsch oder Revolutionen  
eine wesentliche Änderung in der Lage des russischen  
Volkes zu erwarten. Und die Freunde der Moskauer  
Macht haben in Deutschland waren nicht müßig, um die  
Glaubwürdigkeit der zumeist über Finnland kommenden  
Kampfbereiche nach Kräften zu erschüttern. Sollte man  
abermals nach kurzem Aufhören befehrt werden, daß  
Lenin den Hochverrat verbündeter Jaristen oder Militäri-  
sten zu Boden geschlagen habe? Aber siehe da: Lenin stellt  
sich plötzlich selber als Schwurzeuge für die Anschauung ein,  
daß es mit seiner Macht zu Ende sei. Auf einem der Kon-  
ferenzen hat er soeben zugegeben, daß der Ausfall sich aus-  
dehne, daß er durch die wirtschaftliche Hilflosigkeit der  
Räterepublik verschuldet und daß diese außer Stande sei,  
sich selber zu helfen. Man sei gezwungen gewesen, den  
Bauern mit scharfen Beschlagnahmen zu Leibe zu geben,  
ohne ihnen dafür einen Entgelt bieten zu können (Sowjet-  
ruber sind bekanntlich den Bauern schon längst nicht mehr  
gefällig), und so sei man in Bauernaufstände hineinge-  
raten, aus denen es keinen rechten Ausweg mehr gebe. Den  
Gedanken des Kommunismus zu verwirflichen, darauf  
würde man nun wohl vorläufig verzichten müssen. Dessen  
könne einzig und allein Europa — das selbe Europa, das  
die Lenin und Trotski noch bis vor kurzem mit ihrer Welt-

revolution aus den Angeln heben wollten. Ein etwas un-  
bestimmter, wenig faßbarer Begriff, dieses Europa. Nicht  
einmal die kleine, ganz und gar heruntergewirtschaftete  
österreichische Republik hat seine Hand zu finden vermocht,  
so oft sie auch schon nach ihr suchte, um sie bettelte. Und  
nun gar erst das Riesentreich im Osten, von dem „Europa“  
eigentlich keine eigene Rettung erhofft, von dem es eher zu  
nehmen geneigt ist, als daß es ihm noch sonderlich viel zu  
geben imstande wäre. Und natürlich, was Europa noch  
dem Russenvolk zu gewähren vermag, wird es nicht dann  
hergeben, wenn Lenin danach ruft. Den Augenblick ihres  
Eingreifens haben die ehemaligen Verbündeten des Zaren-  
reiches immer noch nach i h r e m Gutdünken bestimmt. Nicht  
um die wankende Sowjetmacht zu stützen, würden sie sich  
bereitsfinden, einen Finger zu rühren. Für sie ist Lenin  
mit den Seinen der Feind in Rußland, und nur, wenn sie  
ihn endgültig beseitigen können, werden sie helfen, soweit  
es überhaupt in ihrer Macht liegt. Die Zeiten, da Lenin  
sich Europa gegenüber auf die Bajonette seiner roten  
Armeen stützen konnte, scheinen gleichfalls vorüber zu sein,  
denn auf dem Kongress sagte er auch darüber, daß die Sol-  
daten zu Banditen herabgesunken seien, was wohl darauf  
schließen läßt, daß Moskau nicht mehr imstande ist, seine  
Söldlinge so zu verpflegen, wie es nötig war, um sie so  
lange bei guter Laune zu erhalten. Das wäre dann aber  
schon nicht mehr der Anfang vom Ende, das wäre schon  
das Ende selbst.

Vielleicht legte die Sowjetrepublik ihre letzte Hoffnung  
wieder einmal auf eine Atempause, lang genug, um irgend  
welchen Verlegenheitsgedanken Zeit zum Reifen zu lassen.  
Doch läßt sich das Verhängnis, der Zusammenbruch,  
schwerlich noch lange aufhalten, wenn selbst Lenin sich ge-  
nötigt sieht, die Finte ins Korn zu werfen. Vier Jahre  
sind es jetzt gerade her, daß die Zarenherrlichkeit in Rus-  
land gestürzt und zunächst mit Kerenski eine gemäßigtere  
sozialistische Ära eingeleitet wurde. Diese kurze Spanne Zeit  
hat genügt, um das einst übermächtige Reich bis auf den  
Grund herunterzuwirtschaften. Wie es sich jemals von die-  
ser Vernichtung wieder erholen könne, ist ein Rätsel, das  
beutzutage noch niemand zu lösen vermag. Dr. Sp.

### Ein verbrecherischer Anschlag auf der thüring. Eisenbahnstrecke

W. T.-B. Merseburg. Infolge eines verbreche-  
rischen Anschlags hat sich in der vorvergangenen Nacht  
zwischen Merseburg und Ammendorf ein schweres Eisen-  
bahnunglück ereignet. Unbekannte Bahnfreuler hatten die  
Gleisstrahlen gelöst, so daß am Mitternacht ein Güter-  
sonderzug entgleiste. Bald darauf wurde hierdurch die Ent-  
gleisung eines auf dem Nebengleise aus entgegengekehrter  
Richtung kommenden Eilgüterzuges verursacht. Getötet  
wurden die beiden Lokomotivführer des Gütersonderzuges  
und des Eilgüterzuges, sowie ein mitfahrender Viehhändler.  
Sechs Bahnbeamte wurden verletzt und in die Klinik nach  
Halle gebracht. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.  
Die Gleise bleiben 20 Stunden lang gesperrt.

### Die deutsche Profestnote.

Verstöße gegen den Friedensvertrag.  
Die von der Reichsregierung an den Vorklaute ge-  
richtete Profestnote wird jetzt in ihrem Wortlaut ver-  
öffentlicht. Das Schriftstück geht auf die Tatsache der Be-  
setzung ein und sagt u. a.:

Auf Grund eines Beschlusses der vier Alliierten Haupt-  
mächte und Belgiens haben belgische, britische und französische  
Truppen die Grenzen des Gebietes, dessen Okkupation der Ver-  
trag von Versailles gefordert, überschritten und die deutschen  
Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf besetzt. Die Alliierten  
Regierungen haben ferner angeordnet, daß sie von  
allen Zahlungen, die ihre Staatsangehörigen für deutsche  
Waren schulden, einen bestimmten Betrag einbehalten werden.  
Endlich wollen sie in den besetzten Rheinländern eine eigene  
Zollordnung einführen. Dieses Vorgehen der Alliierten ver-  
stößt gegen den Vertrag von Versailles. Die Alliierten be-  
zweifeln sich darauf, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des  
Vertrages über die Kriegsbeschuldigten, über die Entschädigung  
und über die erste Zahlung von 20 Milliarden verlegt habe.  
Sie bezeichnen ihre Maßnahmen als Sanktionen, zu denen  
ihnen die Bestimmungen des Vertrages das Recht gäben.  
Zunächst gestattet keine dieser Bestimmungen, deutschen  
Boden außerhalb des Gebietes westlich des Rheins und der  
Brüdenköpfe neu zu besetzen.

Nach Artikel 429 darf nur die Zurückziehung der Oku-  
pationstruppen aus dem besetzten Gebiet hinausgehoben  
werden, wenn die Alliierten und Assoziierten Regierungen  
beim Ablauf der Befristung die Sicherheit gegen einen  
neicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hin-  
reichend betrachten. Nach Artikel 430 kann geräumtes Gebiet  
wieder besetzt werden, wenn Deutschland sich weigert, seine Re-  
parationsverpflichtung zu erfüllen. Aus § 18 kann ein Recht  
zur Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet  
werden.

Die angeführte teilweise Beschlagnahme des Kaufpreises  
deutscher Waren würde schließlich ausdrückliche Zusicherungen  
widersprechen, die die Belgische und Britische Regierung ge-  
geben haben. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die Fran-

zösische Regierung gefaßt und der Deutschen Botschaft in Rom  
amtlich mitgeteilt. Die Maßnahme wäre danach weder in  
Belgien und Italien noch, soweit es sich um Vorkaufguthaben  
handelt, die aus Warenkäufen entstanden sind, im Vereinigten  
Königreich zulässig.

Die Einführung einer eigenen Zollgrenze in den Rhein-  
ländern ist schon deshalb nicht als Strafmaßnahme anwendbar,  
weil Artikel 270 des Friedensvertrages die davon abhängig  
macht, daß sie zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der  
Rheinlandbevölkerung für erforderlich zu erachten ist. Der  
Ministerpräsident der Französischen Republik hat am 4. Fe-  
bruar in der Deputiertenkammer anerkannt, daß es sich hier um  
eine über die Bestimmungen des Vertrages hinausgehende  
Maßnahme handeln würde. Es kommt hinzu, daß sich die  
Alliierten der Sanktionen gar nicht zu dem Zwecke bedienen,  
um die Erfüllung der angeblich verletzten Vertragsbestimmun-  
gen durchzusetzen. Die Alliierten haben offen erklärt, daß sie  
zur Anwendung von Gewalt schritten, weil sie den Einbruch  
erwarteten, daß sich Deutschland den im Vertrage über-  
nommenen Reparationsverpflichtungen böswillig entziehen  
würde. Sie beabsichtigen, mit den Zwangsmaßnahmen Deutsch-  
land ihren Vorkäufen hinsichtlich der Art der Erfüllung der  
Reparationspflicht gefällig zu machen. Diese Vorkäufe sehen  
eine vom Vertrag abweichende Regelung der Frage vor. Eine  
Verpflichtung zur Annahme dieser Vorkäufe besteht daher  
nicht. Die Deutsche Regierung hat auch durch ihr Verhalten  
keinerlei Anlaß zu der Annahme gegeben, daß sie böswillige  
Absichten verfolgte.

Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vor-  
gehen durch die Sorge um den Frieden der Welt leisten lassen.  
Dieses Vorgehen ist aber selbst eine unverantwortliche Stö-  
rung des Friedens.

Die Deutsche Regierung, die die Alliierten durch ihre mi-  
unterzeichnet hat, richtet an den Alliierten durch das Er-  
suchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des in  
der Note vorgesehene Schlichtungsverfahren zu tun und das  
für Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten  
Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die Deutsche  
Regierung genügt ihrer Pflicht schon jetzt der Vorbeugung für  
die Durchführung des Verfahrens, indem sie für dieses Ver-  
fahren die Pflichten eines Bundesgenossen auf sich nimmt.

Schließlich wird betont, daß Deutschland von dem er-  
sten Willen erfüllt sei, seine Vertragspflichten nach besten  
Kräften zu erfüllen und keinen Anlaß zu der Friedens-  
störung gegeben habe.

### Riesenforderungen der Alliierten.

180 Milliarden Goldmark.

Die Wiedergutmachungskommission der Entente hat  
jetzt die Entschädigungsansprüche nach dem Gegenwärtigen  
wert der alliierten und assoziierten Staaten nach Berlin  
übermittelt.

Die Forderungen betragen nicht weniger als 180  
Milliarden Goldmark. Diese Forderungen sind nicht ge-  
stellt auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages,  
der die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutsch-  
lands fordert, sondern auf Grund des Artikels 233, der  
eine solche Berücksichtigung nicht vorsieht. Die Repara-  
tionskommission stellt der deutschen Regierung für die vor-  
geschriebene Ausherrung Fristen von ein bis zwei Wochen.

Ein großer Teil der Forderungen ist weit übertrieben,  
wie auf den ersten Blick zu erkennen ist. Die Fristen von  
ein bis zwei Wochen sind Ausschlußfristen, d. h. wenn sie  
nicht innegehalten werden, so verlieren wir den Anspruch,  
daß die Festsetzung der Reparationskommission erst er-  
folgen solle, nachdem Deutschland billiges Gehör gegeben  
worden sei.

### Kritik in England.

Bei der zweiten Beratung des Wiedergutmachungs-  
gesetzes im englischen Unterhaus mußte Lloyd George ein  
scharfes Kreuzverhör über sich ergehen lassen. Mehrere Mit-  
glieder des Hauses wollten wissen, ob dann nun sämt-  
liche alliierten Regierungen sich mit den Gewaltmaßnahmen  
der Rheinländerbefestigung und der Zollbeschlagnahme  
einverstanden erklärt hätten. Lloyd George kammerie sich  
immer an die Versicherung, es bestche Einvernehmen zwi-  
schen den Mächten, obwohl er zwischen den Zeilen gegeben  
mußte, daß nur Frankreich und England sich zur  
Durchführung der „Sanktionen“ verbunden hätten. Die  
Anregung Bottomleys, lieber nach Berlin zu marschieren,  
als die besonders England schädigende prozentuale Abgabe  
auf deutsche Waren einzuführen, bezeichnete Lloyd George  
als phantastisch und schon wegen der Kosten undurchführ-  
bar. Das Gesetz wurde schließlich angenommen.

### Die geschädigte englische Industrie.

In London fand eine Konferenz unabhängiger libe-  
raler Parlamentarier statt. Die Konferenz kam zu dem Er-  
gebnis, daß die Sanktionsmaßnahmen Handel und Indu-  
strie Englands schwerer schädigen als Deutschland. Die  
Durchführung der Kaufpreisaufgabe hätte als Nebenwirkung  
den Rückgang der britischen Ausfuhr nach Deutschland  
und dessen Nachbarländern zur Folge, da Deutschland selbst  
seine Nachbarländer mit deutschen Erzeugnissen über-  
schwemmen wird. Das würde die Stilllegung weiterer eng-  
lischer Fabriken zur Folge haben und die Arbeitslosigkeit  
in England erhöhen.

Der angeführte Publizist Garvin schreibt im „Ob-  
server“: England als industrielle Nation, die von ihrem  
Seehandel abhängt, leidet weit mehr unter dieser Methode  
als Frankreich. Die Entente dürfe nicht die wirtschaftliche  
Waffe zur Vernichtung Englands werden. So könne es  
nicht weiter gehen. Die Zwangsmaßnahmen bedeuteten  
die Organisierung des bevorstehenden Chaos in Deutsch-  
land und die Einschränkung oder Verdrängung seiner Ab-

Nicht wie in  
umal diese Er-  
der erwähnte

Schlangel ist  
nimmt Seide  
sechs Millionen

Sale in Naunhof

Str. 86, Ecke  
isenbahnstrasse  
amen  
icken

-Hüten.  
ndet.  
reisberechnung.

die  
en-

ücher

Cule



ver

Paket.

dorf.

ere liebe

hert

benen.

ott unsern

ebe

mit großer

er

be.